Appell des Bündnis Seebrücke Kempten zur derzeitigen Migrationspolitik und den Umgang mit Geflüchteten im Bezug auf die Pandemie-Maßnahmen und darüber hinaus:

Im Juni 2019 gründete sich in Kempten eine Ortsgruppe der SEEBRÜCKE - eine internationale Bewegung, getragen von verschiedenen Bündnissen und Akteur*innen der Zivilgesellschaft – die sich mit allen Menschen auf der Flucht solidarisiert und von der deutschen und europäischen Politik sofort sichere Fluchtwege, eine Entkriminalisierung der Seenotrettung und eine menschenwürdige Aufnahme der Menschen, die fliehen mussten oder noch auf der Flucht sind, fordert – kurz: Weg von Abschiebung und Abschottung und hin zu Bewegungsfreiheit für alle Menschen.

Im August 2019 wurde von der Kemptener SPD Stadtratsfraktion ein Antrag für einen „sicheren Hafen“ in Kempten gestellt. Wir, die Seebrücke Kempten, machten mit verschiedenen öffentlichkeitswirksamen Aktionen – und seit Januar 2020 auch im Rahmen eines breiten lokalen Bündnisses – auf die Missstände an den europäischen Außengrenzen und in der Migrationspolitik, aufmerksam, um Druck auf die Politik auszuüben und gleichzeitig das Thema mehr ins gesellschaftliche Bewusstsein zu rücken. Im Juni 2020 hat der kemptener Stadtrat eine Resolution verabschiedet, anstatt sich zum sicheren Hafen zu erklären, so wie mehr als 200 andere Städte und Kommunen dies bisher getan haben.

Im Mai 2020 begann eine neue Legislaturperiode, seit der gleich 3 Mitglieder der AfD mit im Kemptener Stadtrat mittagen und mitentscheiden. Aus dem Stand von 0 auf 3 im Stadtrat. Diese Entwicklung in Kempten ist mehr als besorgniserregend. Die Gefahr von Rechts, die Gefahr für die Demokratie in Deutschland und in ganz Europa war seit vielen Jahren nicht so groß wie jetzt. Es muss unbedingt mehr gegen Rassismus, rechte Hetze, rechte Ideologien und Rechtsradikale aller Art aktiv vorgegangen werden. Kulturelle und soziale Projekte sowie Bildungsprogramme für Aufklärung, Solidarität und gegen Rassismus müssen mehr denn je gefördert werden um dem europäischen Rechtsruck entgegen zu wirken.

Wir fordern die Stadt Kempten weiterhin auf sicherer Hafen im Rahmen der Forderungen der SEEBRÜCKE zu werden. Ein Beitritt der Stadt zum Bündnis sicherer Häfen wäre ein starkes Signal gegen Rassismus, Ausgrenzung und eine ganz klare Absage an Rechtsaussen in einer Zeit, in der die Grenzen geschlossen sind und Geflüchtete in ärgster Not einfach im Stich gelassen werden, und auch darüber hinaus.

Die wahre Gesinnung und die Augenwischerei der AfD sind schon lange enttarnt, auch im Allgäu. Jede Zusammenarbeit mit den Parteimitgliedern stellt daher einen Schritt zur Unterstützung von Rechtsaussen dar. Jeder Schritt nach Rechts ist eine Absage an Demokratie und freiheitliche Werte. Jeder Schritt nach Rechts stellt in unseren Augen einen Angriff auf unser aller Sicherheit und Freiheit dar. Jeder Schritt nach Rechts ist ein Schritt in die falsche Richtung.

Wir fordern daher weiterhin alle Stadtratsmitglieder dazu auf sich der Rechtsaussenpartei geschlossen entgegen zu stellen und sich der AfD auf keinen Fall anzunähern, geschweige denn sich auf irgend einen Schulterchluss einzulassen oder der Partei „nach dem Mund zu reden“ um rechte Wähler*innen und Rassist*innen zu „besänftigen“ oder für sich zu gewinnen. Kempten zum sicheren Hafen zu erklären und die damit einhergehende, offizielle Solidarisierung mit allen Geflüchteten und deren Unterstützer*innen, wäre eine klare Absage an AfD, deren Anhänger*innen und sämtlichen anderen rechten Kräften. Die AfD im Stadtrat – und auch im Bundestag – darf nicht Alltag, nicht zur Normalität werden.

Wir erleben derzeit eine beispiellose menschenrechtliche, gesundheitliche und politische Katastrophe. Angesichts der weltweiten Pandemie müssen wir mehr denn je solidarisch handeln und uns gegenseitig und auch jene Menschen unterstützen, die von dieser Katastrophe besonders schwer

betroffen sind. Und das sind eben auch geflüchtete Menschen in Gemeinschaftsunterkünften hierzulande und an den europäischen Außengrenzen.

Die Zustände in den Geflüchteten-Lagern spitzen sich seit Jahren zu. Schutzsuchende auf den griechischen Inseln und an der Grenze sind massiver Gewalt und systematischer Willkür ausgesetzt. Die EU hat grundlegende Menschenrechte und das Recht auf Asyl faktisch abgeschafft, auch wenn sie noch auf irgendwelchen Papieren niedergeschrieben sind. Menschen auf der Flucht werden beschissen, die Bedingungen in Lagern bleiben absichtlich menschenunwürdig, weil die EU Schutzsuchende abschrecken will. Die zivile Seenotrettung wird massiv blockiert und hat kaum Möglichkeiten zu agieren. Es herrscht dort Rechtlosigkeit, wo Solidarität und Menschlichkeit am dringendsten gebraucht werden. Die Situation in den überfüllten Lagern und anderen Unterbringungen ist katastrophal. Es fehlt an allem: von medizinischer Hilfe bis zu hygienischer Grundversorgung. Gefangen und isoliert in den Lagern sind die Menschen auch der Pandemie schutzlos ausgeliefert. Denn Schutzmaßnahmen, die auf dem europäischen Festland getroffen werden, sind dort schlicht unmöglich. Die Lager sind mehr denn je tickende Zeitbomben.

Wenn die EU und die Regierungen jetzt nicht handeln, wird die schon jetzt herrschende Katastrophe viele weitere Menschenleben kosten. Auch wenn die Krise sicher viele Schwierigkeiten und neu zu bewältigende Herausforderungen mit sich bringt, ist der derzeitige Ausnahmezustand kein legitimer Grund den Menschen nicht zu helfen, denn die Staatsregierungen wissen seit Jahren um die Zustände in den Lagern und haben diese wissentlich und tatenlos hingenommen. Eine Pandemie ist keine Ausrede dafür, Menschen – in welchen Notlagen auch immer – nicht zu helfen. Gerade jetzt ist es mehr denn je nötig endlich zu handeln. Wir fordern die Verantwortlichen der Stadt Kempten und aller Städte und Gemeinden im Allgäu und die Regierung von Schwaben dazu auf und rufen ebenfalls die Gesellschaft dazu auf, Druck auf das Innenministerium, die Regierung und die EU Kommission auszuüben, um endlich den Weg für die in über 200 deutschen Städten bereitstehende Hilfe für die schutzlosen Menschen, frei zu machen.

Zehntausende Staatsbürger*innen konnten von der Bundesregierung mittels einer Luftbrücke nach Deutschland zurück geholt werden. Ebenso wurden zigtausende Erntehelfer*innen eingeflogen um den deutschen Spargel nicht verkommen zu lassen. Nach der Katastrophe auf Lesbos vergangenen März war von der Aufnahme von ca. 1600 Kindern aus dem Lager Moria die Rede, die auf einige EU-Mitgliedsstaaten verteilt werden sollen. 1600 Kinder auf rund 550.000.000 Europäer*innen. Eine lächerliche Zahl und weniger als ein Gnadenakt. Ein erbärmlicher Versuch das durch und durch verdreckte Bild eines sogenannten „Europas der Menschenrechte“ wieder in ein besseres Licht zu rücken.

Auch die Zustände und der behördliche Umgang mit den Menschen in den Gemeinschaftsunterkünften hierzulande sind teils skandalös. Menschen werden in Sammelunterkünften regelrecht zusammengewürfelt weggesperrt.

Der Kontakt zu Hilfsstrukturen darf Menschen in Sammelunterkünften keinesfalls verboten werden. Geflüchtete haben dasselbe Recht auf Aufklärung, Schutz, Sicherheit und Unterstützung wie alle anderen auch. Sie dürfen nicht aufgrund eines fehlenden Aufenthaltstitels entrechtet und von den Schutzmaßnahmen und den bestehenden solidarischen zivilen Hilfsstrukturen ausgeschlossen werden. Alle Menschen müssen die Möglichkeit auf effektiven Selbstschutz haben, unabhängig von Herkunft oder Pass. „Wir werden niemanden allein lassen“ oder wie war das gleich noch? Wir fordern den gleichberechtigten Schutz dieser Menschen und außerdem die Erteilung von Aufenthaltstiteln für ALLE Asylsuchenden und die Gleichstellung in allen Rechtslagen für alle Menschen, unabhängig ihrer Nationalität.

Die Welt steht quasi still. Grenzen sind zu. Es gibt kaum Flugverkehr. Aber für deutsche Behörden ist das offenbar kein Grund, das Abschieben mal eine Weile sein zu lassen. Mühevoll trägt die

Bundespolizei zusammen, in welche Länder Abschiebungen noch möglich sein können. Zur Not mit Sonderlandegenehmigungen und Charterfliegern für Einzelpersonen. Wir fordern alle Abschiebungen – egal wohin – mit sofortiger Wirkung – und auch über die Zeit des Ausnahmezustands hinaus - auszusetzen und bereits betroffene Personen aus den Abschiebeknästen zu holen.

Wir fordern die Politik dazu auf, sich im selben Maße für den Schutz und die Sicherheit dieser Menschen einzusetzen wie für jene privilegierten Menschen, deren Schutz und Sicherheit durch entsprechende Maßnahmen der Landesregierungen erhöht wird.

Kurz gefasst fordern wir von allen Verantwortlichen:

- die Stadt Kempten zum sicheren Hafen für Geflüchtete zu erklären
- eine klare Absage an AfD, ihre Unterstützer*innen, Anhänger*innen und andere Rassist*innen und die Unterstützung und Förderung antirassistischer Initiativen, Projekte und Bildungsprogramme zum Schutz und Erhalt einer demokratischen Gesellschaft
- Druck auf das Innenministerium, die Bundesregierung und die EU-Kommission für die sofortige Evakuierung und Aufnahme der Menschen in den griechischen Geflüchtetenlagern auf Lesbos weit über die besagte Zahl von 1600 Kindern hinaus
- mehrsprachige Aufklärung über die Ausnahmesituation bezüglich Covid-19 in allen Geflüchtetenunterkünften sowie die Gewährleistung der Hygiene- und Selbstschutzmaßnahmen, als auch Zugang zu solidarischen Hilfestrukturen
- die Erteilung von Aufenthaltstiteln für ALLE Asylsuchenden und die Gleichstellung in allen Rechtslagen für alle Menschen in diesem Land, unabhängig von Nationalität oder Pass
- den sofortigen Stopp aller Abschiebungen und die Entlassung aller bereits Betroffenen aus der Abschiebehäft
- und eine öffentliche Stellungnahme zu unseren Forderungen

Wir rufen außerdem alle solidarischen Menschen unserer Gesellschaft dazu auf, sich an den zahlreichen Aktionen zum Thema zu beteiligen. Werdet kreativ, bringt eure Solidarität und eure Forderungen mit Bannern und Plakaten an euren Fenstern, Balkonen und Gartenzäunen zum Ausdruck, nutzt kreative Protestformen im öffentlichen Raum und beteiligt euch an den zahlreichen Aktionen der Seebrücke und anderen Initiativen und Organisationen.

Ausführliche Infos dazu findet ihr unter www.seebruecke.org